

ethisch-ästhetische Richtung nannte, suchten diejenigen, die im Klassenkampf gern die größere Dornart statt des Weiges sahen und lieber den Hammer gedrehten, als den Regen gefürchtet zu wissen wollten, Eisener als einen bürgerlich-injurierten Schwächling darzustellen. Gewiß, Eisener kam aus dem Bürgerium. Sein Vater war ein sehr angelegener Militärschiffbauingenieur in Berlin, und man kann eigentlich nicht sagen, daß er an der Brust von Karl Marx sich zum Sozialisten geformt hätte. Eisener wurdezeit seines Lebens in der klassischen deutschen Philosophie, und der kategorische Imperativ war ihm Herzensangelegenheit und Tatkraft gleich. Die Gedankengänge Friedrichs machten einen erheblichen Teil seines politischen und gesellschaftlichen Denkens aus.

Aber seine sozialistische Gesinnung und seine später an Marx gekultete Einsicht in die ökonomischen Bedürfnisse waren von jeher über jeden Zweifel erhaben. Der Mann, der sich spielend eine angenehme bürgerliche Existenz hätte schaffen können, ging nicht in die Arbeiterbewegung eines persönlichen Gewinnes wegen. Ihm war der Weg zum Sozialismus sittliche Pflicht, Vergnügen und Bedürfnis, unabweisbares Schicksal. Eisener gehörte nicht zu den Naturden, die eine Idee über sich selbst willen pflegen. Er war auch kein Kämpfer aus Eitelkeit, sondern aus Pflichtgefühl. Alle Anstrengungen seines Lebens drängten zur Tat.

Er galt in der Vorkriegszeit als Revisionist, denn er wollte das ihm erreichbare Erbscheinen möglichst in jeder Lage erreichen. Er war ein Unabwiesiger, aber er war auch ein gläubiger. Einmal schrieb er folgende Zeilen: Wie wenig kennt man mein Wesen. Betrüben kann mich freilich leicht. Aber nicht weil ich aus lebensfähigster Werbung nicht

lebe, wie sie sind (...), sondern weil es meine tiefste Weltanschauung ist, den Menschen und der Weisheitsnatur so lange zu vertrauen bis der Betrug nicht mehr zu erkennen ist. Ich glaube an die Güte im Menschen und noch mehr an die schrankenlose Verbesserungsmöglichkeit. — Das ist die Tragödie meines Lebens geworden, die ich doch nicht missen möchte.

Wir glauben in dieser Neuerung den tiefsten Kern Eisenerischen Weisens zu sehen, seine große philanthropische Natur, die ihn in die Front der Mühseligen und Beladenen, zur Arme der Unterdrückten geführt und sein Handeln bestimmt hat.

Zu seinen schärfsten Gegnern während des „Vorwärts“-Konflikts gehörte Franz Weitzing, zu dem Eisener in einer Periode einmal gekämpft hatte, daß erst der Tag der Revolution darüber entscheiden werde, wer Revolutionär der Tat sei. Als Eisener im Dezember 1918 Weitzing aus jenem Wort erwiderte, stand dieser als Feuerkopf und unbesungene Klassenkämpfer nicht an, seinem ehemaligen Gegner die erforderliche Reue zu erweisen.

Eiseners einzigartige Bedeutung in der modernen sozialistischen Bewegung besteht also in seiner Persönlichkeit, die eine große, schadenlose sittliche Einheit war. Hieraus erklärt sich auch seine Haltung während des Krieges, sein Kampf gegen die Fortführung des Völkermordes und die immerwährende Bereitschaft, das Gefängnis gegen die Freiheit, den Tod gegen das Leben einzutauschen, wenn die Idee das forderte.

Es gibt heute am zehnten Todestage Karl Eiseners in der sozialistischen Welt niemand, der vor diesem Gelben der sittlichen Idee nicht das Knie beugt.

Banik im Hudson-Tunnel

Ein mit 1500 Personen besetzter Zug brennt

Auf der Untergrundbahnstrecke Manhattan-Hoboken in der Mitte des 2,8 Kilometer langen Tunnels unter dem Hudson geriet am Dienstag in der Zeit des großen Abendverkehrs ein mit 1500 Personen besetzter Zug in Brand. Der Führer war über eine Stelle gefahren, an der überströmte Papierreste brannten. Durch Kurzschluss kam der Zug zum Stehen. Sogleich schlugen an der Augenwand des ersten Wagens empor; unglücklicherweise drang Rauch in das Innere des Wagens. Da auch das Licht erlosch, verstreute sich unter den Passagieren eine entsetzliche Panik. In dem entstehenden Gedränge wurden etwa 300 Personen verletzt, davon 60 schwer. Bei vier besteht Lebensgefahr.

Die ersten Passagiere des verunglückten Zuges erreichten erst nach einhalb Stunden die nächste Station. Sie kamen mit taupfeilwärmten Gesichtern an, der Schwitz nach ihnen in Strömen

vom Körper. Viele trafen bewußtlos zusammen, als sie sich getrennt haben. Die Hilfsleistung wurde dadurch erschwert, daß inzwischen drei nachfolgende Züge in den Tunnel eingefahren waren und an den Waggons die Passagiere verperrten. Die Verunglückten mußten durch die Mitteltüren der Züge abtransportiert werden. An der Gleisstraße wurden 30 Frauen aufgefunden, die durch den Rauch und die ausgefallenen Schreden bewußtlos geworden waren. Der Wagen war mit Bergen, Müll und blutigen Kleidungsstücken überfüllt. Nach den Berichten der Angehörigen hatten sich in dem Wagen vergebene Eltern abgespielt, bei denen Frauen und Kinder sichtlich losniedergelassen wurden. Die Ertragung der New Yorker Bevölkerung ist außerordentlich groß. Im Hudson-Tunnel haben sich schon wiederholt Rauchvergiftungen ereignet.

Die Bevölkerung sollen in Zukunft Brot nur zu bedeutend höheren Preisen als bisher „freikaufen“ dürfen, d. h. mit anderen Worten, daß für ihre Versorgung eine Garantie nicht besteht. Von differenzierenden Maßregeln, wie sie beispielsweise in Oelfis bestehen und die darauf hinauslaufen, daß der Arbeiter täglich 600 Gramm, die Einzelangestellten 400 Gramm und die Handwerker täglich 200 Gramm Brot erhalten, während an die „Mittelverdienenden“ kein Brot verabfolgt wird, hat man bisher in Moskau abgelehnt.

Der Brostoff wird in Rußland höher gehängt.

Wigs, 21. Februar. (Radiomeldung.)

Die „Pravda“ kündigt an, daß ab 15. März für die verstärkte Bevölkerung Sowjetrußlands Brotmengen über den Verbrauchs ausgestellt werden. Wirtschaftlich selbständige Personen und andere Klassen werden bei verstärkter Bevölkerung sollen in Zukunft Brot nur zu bedeutend höheren Preisen als bisher „freikaufen“ dürfen, d. h. mit anderen Worten, daß für ihre Versorgung eine Garantie nicht besteht. Von differenzierenden Maßregeln, wie sie beispielsweise in Oelfis bestehen und die darauf hinauslaufen, daß der Arbeiter täglich 600 Gramm, die Einzelangestellten 400 Gramm und die Handwerker täglich 200 Gramm Brot erhalten, während an die „Mittelverdienenden“ kein Brot verabfolgt wird, hat man bisher in Moskau abgelehnt.

Eine neue medizinische Großtat



Dem Vater des schätzlichen Krankenhanfes in Paris, Dr. Bronardel, ist die einzig dahingehende Operation gelungen, einer typhuskranken Frau, die bereits im Tode lag, aus deren Waden zur Aufnahme des Blutes bei einer Transfusion nicht mehr infamte waren, 400 Kubikzentimeter Blut, die auf bestimmte Weise präpariert worden waren, direkt ins Herz einzuführen. Die Aufschlagsverfäße für das Blut und die Sterbenes blieb am Leben. Dr. Bronardel erklärte, daß diese Operation die gefährlichste sei, die er kenne, und nur dann gemacht werden dürfe, wenn das Leben des Kranken auf seine andere Weise mehr zu retten sei. Unter Bild zeigt Dr. Bronardel in seinem Laboratorium.

Leistungsgemeinschaft für Filmmanuskripte. Auf Grund von immer häufiger aus der Dezentralität und besonders der Presse ausgehenden Anregungen ist vor kurzem in Berlin eine Leistungsgemeinschaft für neue Filmmanuskripte gebildet worden, die ihr eingelebtes Zweckbild erstens auf ihren Verfilmungsbereitschaft prüft und über die Ergebnisse ihrer Leitorenarbeit regelmäßige Berichte ausgibt. Die Leistungsgemeinschaft

will versuchen, wirklich befähigten Filmschriftstellern die wünschenswertesten Betätigungsmöglichkeiten zu verschaffen und dadurch ganz allgemein das Niveau des Filmmanuskripts zu heben. Um diese Bemühungen auf internationaler Basis durchzuführen, hat sich die Gemeinschaft der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft für Filmmanuskripte“ (I.A.F.M.) angeschlossen.

Otto Brauns

äußerstes Zugeständnis

Stresemann beim preussischen Ministerpräsidenten - 1 Minister und nicht mehr - Klare Entscheidung noch in dieser Woche erwünscht.

Berlin, 21. Februar. (Radiomeldung.)

Der Reichsaussenminister hatte am Mittwoch als Vorsitzender der Deutschen Volkspartei mit dem preussischen Ministerpräsidenten eine eingehende Unterredung über die Umwidmung der preussischen Regierung. Es wurde vereinbart, den Reichsaussenminister bezüglich jener darüber, festzusetzen, die dieser Verhandlungen notwendig sein dürften. Festgesetzt ist, daß die Verhandlungen mit dem Reichsaussenminister über die Umwidmung der preussischen Regierung und dem Angebot des preussischen Ministerpräsidenten besprochen werden. Mittags soll dann die Reichstagsfraktion der Volkspartei in Anwesenheit der preussischen Unterhändler der Volkspartei zusammentreten.

Der preussische Ministerpräsident hat gegenüber dem Reichsaussenminister gleichzeitig seinen Zweifel darüber geäußert, daß er noch in dieser Woche eine klare Antwort zu haben wünscht und nicht bereit ist, die Verhandlungen auch noch in der kommenden Woche fortzusetzen. Er ist jedoch damit zu rechnen, daß bereits heute oder morgen die Entscheidung darüber fällt, ob die Volkspartei unter den ausgetretenen Umständen in das preussische Kabinett eintritt oder nicht und damit die Voraussetzungen für die Große Koalition im Reich geschaffen sind. Eine Meinungsänderung von Reichsaussenminister Seite, wie sich die Dinge schließlich gestalten werden, liegt bisher nicht vor.

Der Reichsaussenminister hat diese Vorschläge des preussischen Ministerpräsidenten mit dem Reichsaussenminister und dem preussischen Ministerpräsidenten nicht getroffen werden. Der preussische Ministerpräsident hat gegenüber dem Reichsaussenminister nochmals eingehend und ausführlich dargelegt, wie er unter den vorliegenden Umständen die Umwidmung der preussischen Kabinett unter Hinzuziehung der Volkspartei vorstellen und hat seinen Zweifel darüber geäußert, daß die Veränderung von zwei Ministern an die Volkspartei unter seinen Umständen in Frage kommen kann: entweder die Veränderung von einem Ministerium unter Zulassung des gegenwärtigen Reichsaussenministers Curtius als preussischen Minister ohne Portefeuille oder Veränderung von einem Ministerium unter Zuerstnung von einem Staatssekretär in einem politischen Ministerium.

Eisenbahnernot und Verkehrsnot

Bedeutliche Überlastung des Eisenbahnpersonals - Der Führer des Einheitsverbandes spricht - Forderungen an die Reichsregierung

Berlin, 21. Februar. (Eig. Bericht.)

Die Mittwochsung des Reichstags war der Behandlung von Eisenbahnfragen vorbehalten. Zunächst beriet man über eine Motion der Reichstagsabgeordneten, die im Alter lebendige Arbeiter vorgerufen hat. Es war beabsichtigt, die Eisenbahnerangelegenheiten in Frankfurt a. D. und in Glogau zu lösen. Eine von allen Parteien des Hauses unterstützte Einheitsbewegung verlangt von der Reichsregierung, daß man von der Befristung entzogen werden müsse oder sie doch noch einige Tage hinausgeschoben möge. Für die Sozialdemokratie begründete diese Forderung der Weg. B. und W. Er meinte, für notwendig der Nationalisierungsmaßnahmen habe die Sozialdemokratie Verständnis, aber es geht nicht an, beide Seiten ökonomische Städte zu schließen, wenn man auf anderer Seite so große Summen für die Disziplin ausbe.

Reichsverkehrsminister Schögel

zu einer Erklärung der Reichsregierung über die Eisenbahnverhältnisse bei der Reichstag das Wort. Der Schögel ist alles andere als ein Redner. In echt bürgerlicher Rundart verlor er eine lange Erklärung. Der sozialdemokratische Redner Schögel meinte später, man müsse dem Herrn

preussischen Ministerpräsidenten am Mittwochmorgens in einer förmlichen Sitzung des Vorhandes der Reichstagsfraktion und der volksparteilichen Fraktion des preussischen Landtages mitgeteilt. Die volksparteiliche Landtagsfraktion wird sich heute gegenüber zu der Frage der Umwidmung der preussischen Regierung und dem Angebot des preussischen Ministerpräsidenten besprechen. Mittags soll dann die Reichstagsfraktion der Volkspartei in Anwesenheit der preussischen Unterhändler der Volkspartei zusammentreten.

Der Reichsaussenminister hat gegenüber dem Reichsaussenminister gleichzeitig seinen Zweifel darüber geäußert, daß er noch in dieser Woche eine klare Antwort zu haben wünscht und nicht bereit ist, die Verhandlungen auch noch in der kommenden Woche fortzusetzen. Er ist jedoch damit zu rechnen, daß bereits heute oder morgen die Entscheidung darüber fällt, ob die Volkspartei unter den ausgetretenen Umständen in das preussische Kabinett eintritt oder nicht und damit die Voraussetzungen für die Große Koalition im Reich geschaffen sind. Eine Meinungsänderung von Reichsaussenminister Seite, wie sich die Dinge schließlich gestalten werden, liegt bisher nicht vor.

Der Reichsaussenminister hat diese Vorschläge des preussischen Ministerpräsidenten mit dem Reichsaussenminister und dem preussischen Ministerpräsidenten nicht getroffen werden. Der preussische Ministerpräsident hat gegenüber dem Reichsaussenminister nochmals eingehend und ausführlich dargelegt, wie er unter den vorliegenden Umständen die Umwidmung der preussischen Kabinett unter Hinzuziehung der Volkspartei vorstellen und hat seinen Zweifel darüber geäußert, daß die Veränderung von zwei Ministern an die Volkspartei unter seinen Umständen in Frage kommen kann: entweder die Veränderung von einem Ministerium unter Zulassung des gegenwärtigen Reichsaussenministers Curtius als preussischen Minister ohne Portefeuille oder Veränderung von einem Ministerium unter Zuerstnung von einem Staatssekretär in einem politischen Ministerium.

150. Geburtstag

Friedrich Karl von Savigny.

Am 21. Februar wiederholt sich der Geburtstag eines der berühmtesten deutschen Rechtsgelehrten, Prof. Karl von Savigny, zum 150. Male. Savigny wurde am 21. Februar 1779 in Frankfurt am Main geboren und wurde seit dem Jahre 1810 als Professor für Berlin und war 1848 bis 1848 Preussischer Justizminister. Sein Tod erfolgte am 26. Oktober 1861. Savigny ist durch seine schätzenswerten Werke wie „Vorschläge zum römischen Rechts im Mittelalter“ Einfluss des heutigen römischen Rechts, „Das Recht des Besitzes“, „Von Besitz unserer Zeit für die Rechtswissenschaft“, u. a., bestimmt geworden. In diesen Werken verteidigte er das positive Recht als kulturelles Erzeugnis des nationalen Rechtsbewusstseins der Völker und wurde so zum Führer der sogenannten historischen Schule.

Der deutsche Film in Amerika

Vor einigen Tagen erschien in New York eine offizielle Statistik, die sich mit der Einfuhr europäischer Filme nach Amerika befaßt. Nach dieser Aufstellung ist der europäische Import innerhalb eines Jahres um mehr als 100 Prozent gestiegen! Während 1927 im ganzen nur 75 Filme aus Europa nach Amerika gelangten, waren es im vergangenen Jahre nicht weniger als 200. Bemerkenswert ist, daß Deutschland mit 83 Filmen an erster Stelle steht. Dann folgt England in einem weiten Abstand mit 37 Filmen, Frankreich mit 30 Filmen, Jugoslavien mit 16 Filmen, Schweden mit 7, Italien mit 6, Polen mit 4, Dänemark mit 2 und die übrigen Länder mit je einem Film. In einem Kommentar zu dieser Statistik, die ein erfreulicher Beweis für zunehmenden Einfluß des europäischen Filmmarktes auf Amerika darstellt, wird bemerkt, daß auch in diesem Jahre noch mit einem mehreren Anwachsen des europäischen Importes zu rechnen ist.

Daltesche Theater- und Kunstleben.

Der Daltesche Theater- und Kunstleben sehr in Schottland die Aufführung des Schauspiels „Das Ding“ von Donald Grant, ferner die Aufführung des Schauspiels „Der Mann von Sand“ von Donald Grant. Die Oberbürgermeisterin Ruthven, die Daltesche Theater- und Kunstleben sehr in Schottland die Aufführung des Schauspiels „Das Ding“ von Donald Grant, ferner die Aufführung des Schauspiels „Der Mann von Sand“ von Donald Grant.

Das erste deutsche Filmmusik-Studio wird Anfang März in Berlin gegründet werden.

Das Institut wird seinen Sitz im Filmstadt-Schauspielhaus-Konzerthaus in Berlin in seinen Sitz haben. Die Leitung des Studios liegt in den Händen von Dr. Hans Erdmann und Dr. Günther Pöschel, zwei führenden Pionieren auf dem Gebiet der modernen Film-Musik. Die Daltesche Theater- und Kunstleben sehr in Schottland die Aufführung des Schauspiels „Das Ding“ von Donald Grant, ferner die Aufführung des Schauspiels „Der Mann von Sand“ von Donald Grant.

Das erste deutsche Filmmusik-Studio wird Anfang März in Berlin gegründet werden.

Das Institut wird seinen Sitz im Filmstadt-Schauspielhaus-Konzerthaus in Berlin in seinen Sitz haben. Die Leitung des Studios liegt in den Händen von Dr. Hans Erdmann und Dr. Günther Pöschel, zwei führenden Pionieren auf dem Gebiet der modernen Film-Musik. Die Daltesche Theater- und Kunstleben sehr in Schottland die Aufführung des Schauspiels „Das Ding“ von Donald Grant, ferner die Aufführung des Schauspiels „Der Mann von Sand“ von Donald Grant.

Hallescher Wohnungsneubau 1928

Wohnungsbedarf und Bauprogramm

Halle, den 20. Februar.

Am Ende des Jahresberichts des Wohnungsamtes der Stadt Halle erweiterten wir gestern die Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraumes, wobei wir insbesondere den Aufwänden besondere Beachtung schenken die sich mit der Aufsicht und Pflege der Wohnungen und der — fast nur noch für die ärmeren Schichten erzielenden — Zwangsmitteln beschäftigen. Heute wollen wir die Ausführungen über den Wohnungsbedarf, das Bauprogramm und die Bautätigkeit im vergangenen Jahre einer Würdigung unterziehen.

Zur Beurteilung des Wohnungsbedarfes müssen drei Punkte in Betracht gezogen werden: 1. derzeit vorhandene Wohnungsfähigkeit, 2. der laufend neu hinzutretende Bedarf und 3. der Bedarf an Größeren für Sanierungsarbeiten.



Waldberger Platz. Kleinwohnungsneubau Halle 1928.

Wohnungsfähigkeiten. Der Wohnungsfeldbeitrag errechnet sich aus einer Gegenüberstellung der vorhandenen Haushaltungen und Wohnungen. In Halle besteht ein Überschuß.

Wohnungsbedarf von 4504 Wohnungen wobei berechnet ist, daß auf jede einzelne Familie eine Wohnung kommt. Da aus sozialen und anderen Gründen ein Teil der Familien auf eine eigene Wohnung verzichtet, ist der tatsächliche fehlende Wohnbedarf geringer. Auf Grund seiner häufigen Verbindung mit den Wohnungslosen glaubt das Wohnungsamt mit allem Vorbehalt, daß ein tatsächlicher Feldbeitrag von 4000 Wohnungen vorliegt.

Der laufende oder Zuwachsbedarf ergibt sich aus der Differenz der Haushaltszunahme und -abnahme. Gegenüber einem Zugang von 90 Haushaltungen im Jahre 1924 wurde 1928 ein solcher von 399 festgestellt. Die Haushaltszunahme lag in dieser Zeit von 1141 auf 1879, gegenüber einem Gesamtverlust von 575 Haushaltungen im Jahre 1924 wurde 1928 ein solcher von 1274 gebildet. Die vorerwähnte Zahl der Haushaltungen liegt in der erwähnten Zeit von 55 661 auf 58 966.

Aus diesen Zahlen errechnet sich ein durchschnittlicher laufender Bedarf von jährlich 850 Wohnungen. Nach einem schon oben erwähnten Abschluß würde der tatsächliche Jahresbedarf mit 700 Wohnungen ausfallen sein. Dieser Bedarf wird auch bis etwa 1935 anhalten, da der Kriegszustand sich der Geburtenüberschuss der Kriegsjahre auswirkt. Der Ueberschuß der Haushaltzunahme ist seit 1923 in stetigem Steigen begriffen, was auch den Wohnungsmarkt sehr belebt. Halles Lage und die mitteleuropäischen Industriegebiete bewirkt diese Tatsache. Auch aus diesem Grunde mit hat.

Halle die höchste Wohnungsmotiv in Mitteldeutschland.

Nach dem Ergebnis der Reichswohnungszählung vom Mai 1927 hatten in Halle von je hundert Haushaltungen 8,6 keine eigene Wohnung. Halle liegt damit an der Spitze dieser für Mitteldeutschland aufgestellten Statistik, während Sangerhausen mit 8,8 den untersten Platz einnimmt. Der Wohnungsfeldbeitrag erhöht sich aber noch um 600 Wohnungen, die als unbenutzt sanierungsfähig anzusehen sind.

Nach diesen Feststellungen ergibt sich die Notwendigkeit, eine Bauprogramm zu stellen. Der Ausgleich des Wohnungsfeldbeitrages wird etwa bei 1600 Wohnungen jährlich liegen, d. h. die Zahl der Neubauwohnungen wird sich nach Lage des Baumaterialien- und Arbeitsmarktes sowie bei optimaler Beurteilung der Finanzierungsmöglichkeiten eine Ueberspannung auf 1200 Wohnungen bringen lassen. Das wurde bedeutet, daß der bezugsfähige Wohnungsbestand im Laufe von fünf Jahren überwunden werden könnte. Damit würden allerdings noch keine Fortschrittsverhältnisse wiederhergestellt sein, da man heute mit einem Abschluß von etwa 15 Prozent rechnet, hinter dem der tatsächliche Wohnungsbedarf hinter dem obeliktoren zurückbleibt. Die Ursache dieses gegenüber dem Fortschritt um zehn Prozent höheren Abwärtens ist in der schlechten finanziellen Lage der Bevölkerung zu suchen, die die Mieten aufzu bringen nicht inlande ist. Diese schlechte Lage ist auch der Antrieb dafür, daß 69 Prozent aller Wohnungslosen in Kleinwohnungen (3 Räume einschließlich) wohnen. Vierstellige Wohnungen sind nur 21,8 Prozent, während der verbleibende Prozentsatz noch größere Wohnungen sucht. Die Wohnungsmotiv muß sich aus diesen Gründen zunächst den Kleinwohnungen zuwenden.

Finanzierung der Neubautätigkeit. Nach den staatlichen Richtlinien für die Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken muß der Bauherr ein Eigenkapital von mindestens zehn Prozent der Gesamterstellungskosten aufbringen.

Die Baugenossenschaften haben teilweise den Sparereifer ihrer Mitglieder wieder zu entfalten gesucht. Im vergangenen Jahre machte auch eine private Bauparorganisation von sich reden, vor der aber wegen der Unklarheit der Berechnungen gemacht wurde. Kurz nach der Inflation wurden von den künftigen Mietern Hauszinszuschüsse erhoben. Auf zu Lage getretene Miethäuser hin erhalten Bauherren, die Baufinanzierungsmittel fordern, keine Hauszinssteuerhypotheken mehr.



Gde. Hütten- und Benkenborfer Straße. Mitteldeutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft mbH., Leipzig.

Prozent der Gesamterstellungskosten aufbringen. Nicht immer wird sich die Baukapazität über ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit klar. Mit dem Eigenkapital allein ist nicht getan, vielmehr fragt es sich, ob die Neubauwohnungen auf die Dauer gehalten werden können. Um die Baukapazität vor späteren Enttäuschungen zu bewahren, hat es sich als zweckmäßig herausgestellt, die künftigen Hauszinszuschüsse genau zu berechnen und ihnen die Einkommensbezüge gegenüberzustellen. Bauherren auf Grund solcher Erörterungen sein Bauplan wieder fallen lassen oder das selbe umstellen.

Die Baugenossenschaften haben teilweise den Sparereifer ihrer Mitglieder wieder zu entfalten gesucht. Im vergangenen Jahre machte auch eine private Bauparorganisation von sich reden, vor der aber wegen der Unklarheit der Berechnungen gemacht wurde. Kurz nach der Inflation wurden von den künftigen Mietern Hauszinszuschüsse erhoben. Auf zu Lage getretene Miethäuser hin erhalten Bauherren, die Baufinanzierungsmittel fordern, keine Hauszinssteuerhypotheken mehr.

Die Raadfrage nach Hauszinssteuerhypotheken war aufzuheben hier, so daß die gemeindlichen Mittel bereits Anfang Mai v. J. vergriffen waren. Um das Bauprogramm möglichst auszuweiten, wurden die Hypotheken um 25 Prozent gestärkt. Mit dieser Streikaktion ist eine besondere Sanktion verbunden, die die als Ersatz auf dem freien Kapitalmarkt aufgenommenen Gelder in Höhe der gestärkten 25 Prozent (sonst verbilligt, daß der Bauherr für diese auf die Dauer von fünf Jahren nicht mehr Zinsen aufzubringen

hat, als für einen entsprechenden Betrag aus der Hauszinssteuer. Durch diese Streikung wurde erreicht, daß 1131 Wohnungen errichtet werden konnten, während es sonst nur 845 gewesen wären. Aus Mitteln des staatlichen Wohnungsfürsorgefonds flossen der Stadt insgesamt 650 000 M. zu. Die fortgesetzten und eindringlichen Vorstellungen bei der Regierung in Verbindung mit der Bereitstellung weiterer Mittel ließen leider ohne Erfolg. Satz- und Sonderzuschüsse wurden im Gesamtbetrag von 192 000 M. für 394 Wohnungen gemährt. Zur Verstärkung der mit öffentlichen Geldern verbundenen Bautätigkeit fanden weiterhin Abschlüsse über die Veräußerung, die als Hauszinssteuerhypotheken und Zinszuschüsse weitergeleitet wurden. Auf diese Weise konnten 172 Wohnungen unterstüzt werden. Besondere Gemeindemittel standen in Höhe von 121 000 M. bereit, um kleinen Bauherren die Beschaffung der von der gestärkten Hauszinssteuerhypothek benötigten Gelder zu erleichtern.

Die Beschaffung der von den Hauszinssteuerhypotheken zu placierenden Hypotheken begünstigen besonderen Schwierigkeiten. Jedoch waren die Bedingungen sehr ungünstig, indem sich die effektive Verzinsung im allgemeinen zwischen 9 und 10 Prozent bewegte. Zur Finanzierung der 1131 mit Hauszinssteuerhypotheken versehenen Wohnungen wurden 13 314 000 M. aufgebracht, wovon 7 063 000 M. effektive Hypotheken waren. Die Hauszinssteuerhypotheken wurden 3 772 000 M. aufgebracht. Soweit die effektiven Hypotheken 40 Prozent der Gesamterstellungskosten übersteigen, mußte die Stadt regelmäßig Bürgschaften übernehmen.



Gde. Hütten- und Benkenborfer Straße. Mitteldeutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft mbH., Leipzig.

Auf die Mietpreissbildung der Neubauwohnungen wurde auch im vergangenen Jahre durch Gewährung von Zinszuschüssen Einfluß gewonnen. Bauherren, die einfach aus gefasste Wohnungen bis zu 100 Quadratmeter Wohnfläche errichten, erhalten auf Antrag für die erste 60 Quadratmeter jeder Wohnung einen Zinszuschuß in solcher Höhe, daß die Gesamterstellungskosten dieser 60 Quadratmeter für sie mit nicht mehr als fünf Prozent zu bezahlen sind. Diese Begünstigung muß er sich verpflichten, an Mietern die für die Gesamterstellungskosten nach Abzug des Zinszuschusses noch aufgewandten Zinsbeträge (sowie einen Zuschuß von nicht mehr als 25 Prozent der festgesetzten Friedensmiete) zwecks Deckung der Betriebs-, Verwaltungs- und Instandhaltungskosten zu berechnen.

Bei der steigenden Tendenz der Baufinanzierung der amhaltenden Tendenz auf dem Kapitalmarkt und der beschränkten Leistungsfähigkeit der milderemittelten Bevölkerung trat die Frage der Wohnverlosung dieser Kreise immer mehr in den Vordergrund. Die Bautätigkeit muß offensichtlich der bestehenden Schwierigkeiten nicht genügend Rechnung, indem ganz im Gegenteil zu den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Tendenz zur Vergrößerung der Wohnungen unvermeidbar war. Wohnungsexpansion und Kapitalmarktlasten haben der Beschäftigung der Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken an Bauherren, die mehr als 24 Wohnungen im Jahre errichten, davon abhängig zu machen, daß 50 Prozent der in Aussicht genommenen Wohnungen als Kleinwohnungen

mit einer Wohnfläche von 35 bis 48 Quadratmetern bei möglichst gleichmäßiger Verteilung gebaut werden. Damit bei Eintritt besserer Verhältnisse ohne weiteres und ohne große Inflation

Ausdehnungsmöglichkeiten

gegeben sind, sollen die Kleinwohnungen tunlichst als sogenannte Zusammenlegungswohnungen projektiert werden. Die Bauherren werden verpflichtet, im Grundbuch des Bauvorhabens eine Vermerkung zum Inhalt der Stadtgemeinde eintragen zu lassen, wonach die Kleinwohnungen auf Anforderen des Magistrats zusammenzulegen sind. Ein größerer Bauvorhaben mit 157 Kleinwohnungen konnte bereits am 1. Juni v. J. bezogen werden. Die Nachfrage nach diesen Wohnungen war äußerst groß. Zugelassen wurden nur Familien mit höchstens drei Köpfen. Von den Gegnern der zwei- und dreizimmerigen Wohnungen werden zum Teil die unzulässigen Wohnverhältnisse der breiten milderemittelten Bevölkerungsdichten verurteilt. Sobald es die wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben, wird die Vergrößerung der Wohnungen angestrebt sein.

Die gemeinnützige Bautätigkeit.

Durch den gemeinnützigen Wohnungsbau entstanden von den 1131 mit Hauszinssteuerhypotheken geförderten Wohnungen 1013 (90 Prozent). Das Uebrigere der gemeinnützigen Bautätigkeit ist darauf zurückzuführen, daß der Kleinwohnungsneubau immer stärker in den Vordergrund tritt.

An der Errichtung der Wohnungen waren beteiligt: die Kleinwohnungsbaugesellschaft mit 376, Bauverein für Kleinwohnungen mit 342, „Eigene Scholle“ mit 132, Bund der Arbeiter mit 92, Mitteldeutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft (Zerweg) mit 67, Bauverein „Gartenstadt“ mit 60, „Sole“ mit 30, Volkshaus Bauverein mit 18 und Gem. AG. für Angehörige Gemeindefürsorge mit 10 Wohnungen. Die Stadtgemeinde trat mit eigener Bautätigkeit dort ein, wo besondere Zwecke zu erfüllen waren. So wurde z. B. auch das Familienwohlfahrtsheim mit 11 städtischen Geldern in Angriff genommen, wo 11 Einzelzimmer geschaffen wurden.

Die private Bautätigkeit

war an der mit Hauszinssteuerhypotheken geförderten Bautätigkeit mit 118 Wohnungen beteiligt. Die Gesamtaufkosten für die 118 Wohnungen betrugen 1 825 000 M., so daß eine Wohnung im Durchschnitt 15 500 M. gegen 11 342 M. beim gemeinnützigen Wohnungsbau folgte. An Hauszinssteuerhypotheken wurden 484 000 M. bereitgestellt; 22 Wohnungen wurden in Einfamilienhäusern errichtet, die übrigen 96 in Mehrfamilienhäusern. Ohne öffentliche Mittel begann die private Bautätigkeit 10 Einfamilienhäusern und 33 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern.



Gde. Hütten- und Benkenborfer Straße. Mitteldeutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft mbH., Leipzig.

Diese Zahlen bedeuten ein starkes Zurückgehen gegenüber den Zahlen des Vorjahres, die mit 6 Einfamilienhäusern und 138 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern ein weitestgehendes Ansteigen der privaten Bautätigkeit ohne öffentliche Mittel gegenüber dem Jahre 1926 gezeigt hatten.

Die Schwerekriegsbeschädigten stellen sich (sowohl beim Eigenbau als auch in der genossenschaftlichen Bautätigkeit) durchweg in Ein- und Zweifamilienhäusern an. Im ganzen wurden Sonderzuschüsse für Schwerekriegsbeschädigte für 26 Wohnungen in Anspruch genommen. Eine weitere Förderung der Wohnbedürfnisse der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erfolgte außerdem in 13 Fällen durch den Bezirksfürsorgeverband.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Morgens, Freitag, abends 8 Uhr, im „Wintergarten“ **Republikanische Kundgebung!**

Ortsgruppe Halle a. S. Es spricht **Graf Harry Keßler (Weimar)**

Rezitationen: Alfred Durra, Darbietungen des Halleschen Verbandsorchesters

Die republikanische Bevölkerung ist hierzu eingeladen!

Merseburg-Querschnitt

Merseburg (Stadt)

Keine Steuererhöhung

Von der Stadterhaltung wird mitgeteilt:
Der Magistrat hat in seiner Sitzung am Dienstag sich grundsätzlich darüber schuldig gemacht, für das Jahr 1929 die städtischen Steuern nicht zu erhöhen, sondern den Haushaltsplan für 1929 durch Verwendung einmaliger größerer Einnahmen des Jahres 1928 zum Ausgleich zu bringen. Die Einzelberatung der Haushaltspläne auf Grund dieses grundsätzlichen Beschlusses wird nunmehr mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Ebenfalls nicht aber jetzt schon fest, daß mit einer Steuererhöhung für das Jahr 1929 in Merseburg nicht gerechnet zu werden braucht.
Somit ist jetzt ein Ueberblick möglich ist, und auch das Jahr 1928 ohne Unterbilanz abgekommen, da infolge Reorganisation des städtischen Vollzugsamtes die Steuererträge früherer Jahre in erheblichem Umfang jetzt eingeht sind, so daß die Steuererträge nur in der allgemeinen zu berücksichtigenden Höhe am Schluß des Jahres 1928 vorhanden sein werden.

Zum Bahnbau Böhlen-Beipen

Der Plan eines Bahnbauwesens von Böhlen nach Beipen, der zur besseren Verbindung Beipen mit dem mitteldeutschen Industriegebiet, namentlich den Braunkohle- und Zementwerken, lebensnotwendig ist, hat jetzt die Vorarbeiten in sein Endstadium getreten. Das Projekt der Eisenbahnstation Halle, das für den Bahnbau 2,5 Millionen Mark vorliegt, unter der Voraussetzung, daß die Mittel von den interessierten Kapitalgebern als Darlehen aufgebracht werden und daß weiter das Gelände zur Verfügung gestellt wird, begegnete wegen der landespolitischen Prüfung noch großen Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten sind jetzt, soweit der preussische Teil der Strecke in Frage kommt, behoben. Auf der sächsischen Seite begannen die landespolitische Prüfung noch nicht abgeklärt, das Projekt der Brücke über den Kanalbau, wie des städtischen Straßen- und Wasserbauamts und der Landesplanung unterliegt. Räumlich beziehen sich die Verbesserungsarbeiten auf die Erweiterung, um später die Führung des Kanals und die Anlage der Hafenanlagen nicht zu beeinträchtigen, sowie auf die Herstellung von Unterführungen für den Flußübergang, wie sie das Projekt vorsieht.

Auch in finanzieller Beziehung scheinen die Schwierigkeiten innerhalb des Bezirksverbandes der Braunkohle- und Zementwerke, namentlich im Hinblick auf die Einbringung des Geldes. Da der Rat der Stadt Beipen auf dem Standpunkt steht, daß es sich hierbei um ein Reizprojekt handelt, das mit Beschleunigung durchzuführen ist, hat er nunmehr dem sächsischen Bezirksverband die Beschlüsse der Beipener Gemeinderat vorgelegt, um den Rat der Stadt Beipen zu unterstützen. Der Rat der Stadt Beipen hat dem Bezirksverband die Beschlüsse der Gemeinderat vorgelegt, um den Rat der Stadt Beipen zu unterstützen. Der Rat der Stadt Beipen hat dem Bezirksverband die Beschlüsse der Gemeinderat vorgelegt, um den Rat der Stadt Beipen zu unterstützen.

Ein Schneesturm am Abend

Schon fast Beginn des Schneefalles ist hier ein Schneesturm am Abend eingetreten, gefolgt von starkem Schneefall. Die Schneefälle sind hier in der letzten Zeit sehr häufig, was die Landwirte sehr unangenehm macht, da die Schneefälle die Felder bedecken und die Ernte gefährden.

Jetzt ist wieder ein Schneesturm am Eingang des Jahres. Die Schneefälle sind hier in der letzten Zeit sehr häufig, was die Landwirte sehr unangenehm macht, da die Schneefälle die Felder bedecken und die Ernte gefährden.

Der rasende Teufel

In Götzitz war am 9. September 1928 ein Unfall, der den dort wohnende Lehrer Rudolf R. den Tod brachte. Die Ursache war ein Unfall, der den dort wohnenden Lehrer Rudolf R. den Tod brachte. Die Ursache war ein Unfall, der den dort wohnenden Lehrer Rudolf R. den Tod brachte.

Nun ging die wilde Fahrt nach Götzitz los. Der Unfall war ein Unfall, der den dort wohnenden Lehrer Rudolf R. den Tod brachte. Die Ursache war ein Unfall, der den dort wohnenden Lehrer Rudolf R. den Tod brachte.

Sch. konnte trotz seiner schweren Verletzungen (Wunde und Brustverletzung) unter dem ebenfalls tödlichen Wagen hervortreten, erbe er für lange Zeit bewußtlos war. Frau Sch. die neben ihrem Mann gestorben, sprach aus Trauer und schüttelte den grünen Rind, der sich sehr oft beneidete und endlich beherzigt wurde, um sich die "Beherrschung" anzueignen. Nach wieder allerlei Pöbeln, das anhaltenden Fahrzeuges entstieg und allein

Verfahren, wie Kuts, Knecht, Wenzel und Geßler, die gemäßigten andeuten, daß der Winter durch diese modernen Hilfsmittel überwinden werden kann.
Wie wir hören soll es sich bei dem Einfrieren um einen Eisenfahnen handeln, dem noch übergeben ein Eisenfahnen für dieses Kunstwerk stehen wird.

Endlich die Druckstelle gefunden. Doch wichtigerer Arbeit ist es nunmehr endlich gelungen, die Druckstelle des Wasserwerks im Regional festzustellen. Wie sich herausstellte, ist das Wasser aus dem Brunnen in der Gegend von Götzitz, so daß es weiter keinen Schaden anrichten konnte. Ein neuer Bohrbohrer wurde eingesetzt, um das Wasser aus dem Brunnen zu holen. Der Bohrbohrer wurde eingesetzt, um das Wasser aus dem Brunnen zu holen.

Der Direktor, Wasserwerk, am Dienstagabend entstand in der Sitzung in dem Hause Nr. 11 ein größerer Wasserbruch, durch den die Kelleräume überflutet wurden. Mittels einer wurde das Wasser abgepumpt, so daß die zur Aufstellung herbeigeführte Motorpumpe nicht in Tätigkeit zu treten brauchte. In der Folge sollte ebenfalls ein Wasserbruch, ohne jedoch besonderen Schaden anzurichten.

Guter Wahlerfolg auf dem Lande

In Preitz (Kreis Querfurt) war wegen der eingeleiteten Gutversteigerung die Wahl der Gemeinderäte vorgenommen. Aus dem Grunde richtete die Einwohnerzahl von Preitz, Eigenburg und Jügel den Wunsch an die Sozialdemokratische Partei, doch noch einmal eine öffentliche Wahlversammlung einzuberufen und die Veranlassung mit einem Referenten, der in der Lage ist, einen ausführlichen Bericht über die Eingangsangelegenheiten zu geben, zu beschließen. Am Sonntag, dem 16. Februar, war daher Parteipräsident Genosse R. zu erscheinen, der vor einem überaus zahlreich besetzten Saale die Aufgaben und die Aufgaben der Gemeinderäte erläuterte. Die Aufgaben und die Aufgaben der Gemeinderäte erläuterte. Die Aufgaben und die Aufgaben der Gemeinderäte erläuterte.

Am darauffolgenden Tage, Sonntag, dem 17. Februar, fand nun die Gemeinderatswahl statt. Die Wahl fand nun die Gemeinderatswahl statt. Die Wahl fand nun die Gemeinderatswahl statt. Die Wahl fand nun die Gemeinderatswahl statt.

aus letzter Hehle hatter Alkoholhandl entgegen

Zur Witnahme des Bezuges der seines Motorrades aufgefordert, antwortete R. nur, daß er gar nicht daran denke (!). Während ein Rummberger Biergenossenbesitzer sich mit seinen Begleitern ansetzte, den wie tot taligenen Sch. zum Deimtransport auf seinem Fahrzeug zu verladen, verfuhrte R. in erheblicher Gewissensbisse und in eleganter Schlangenhille, wie es sein umwelter Weisheit erspürte. Anderen Tage hatte er die Stirn, seinem ungenossen zu Bewußtsein gelangten Opfer zu legen.

„So wollte die armen Kadabrer nicht erziehen, deshalb habe ich Sie überfahren.“

Sch. hat nachdem zehn Wochen in einer holländischen Privatankst gelegen, ist heute noch in ambulanten Behandlung und bis heute — wenn überhaupt je wieder (?) — nicht arbeitsfähig.

Am Dienstag stand der festsitzende Bierwagen nun unter der Hand der sächsischen Körperpolizei vom Großen Schöffengericht Halle, dem er sich als anhängselsofer Engel

vorstellte. Er wollte es überhaupt nicht gewesen sein, sondern wohl so ein Weisheits, der unmittelbar vor ihm gefahren, dann wieder gab er dem Bezugs die Schuld. Zur Witnahme derselben hatte er sich wegen der misgünstigen (?) Instrumente und Beweismittel geneigert (erleuchtete Zeugen hatten aber die Hände in den Schößen (!) und die Hände ergreifen, weil man ihn bedroht habe. Dann verließ er sich auf seinen (tot) unerschrockenen Wagen. Einmal Worte, folte Ungehörigkeiten. Auch die Zeugen, die R. Nüchternheit bescheinigten (darunter der Schöffelichter Polizeibeamte), konnte das Bericht nicht ernst nehmen. Der Staatsanwalt beantragte 400 M. Geldstrafe, doch das Gericht erhöhte sie auf 600 M. Es hat, wie es in der Urteilabhandlung viel, geschwunden, ob nicht eine Freiheitsstrafe am Platz sei. Nur R. offizielle Ungehörigkeiten hat ihn für diesmal vor einer solchen demag.

Aus dem Delitzscher Stadiparlament

Der Winter und seine Folgen - Mangelndes soziales Beständnis 300 000-Mark-Anleihe fürs Wasserwerk

Eine lang- und breite umfassende Tagesordnung hat das Delitzscher Stadiparlament am Freitag in der Sitzung um 10 Uhr im Saal des freien Winters ihren Niederschlag in zwei Anträgen. Die Erwerbslosen hatten den Antrag gestellt, 10 000 Mark zur Vornahme der Not anzunehmen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte den Antrag erweitert.

Stadiparlament hat die Anleihe von 300 000 Mark, die aber für alle Hilfsbedürftigen Verwendung finden sollten, so daß auch den Sozial- und Kleinrentnern (sowie den sonstigen Hilfsbedürftigen) hätte gegeben werden können. Die Summe erscheinend hoch; wenn man aber bedenkt, daß etwa 100 Unterhaltungsbedürftige ohne Familienangehörige vorhanden sind, andererseits die Erwerbslosen haben aber auf der rechten Seite Unterstützung. Geflohenen stimmte sie dagegen, Schätzte ein Antrag des Bürgervereins, um 5000 M. für seinen Etat noch nachträglich zu bewilligen, fand Aufnahme. Gleichwohl wurde kein Antrag über die Unterhaltung der Straßen gestellt. Die sozialdemokratische Fraktion begrüßte sich mit einigen Sprüchen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte eine Anfrage an den Magistrat gerichtet dahingehend, welche Maßnahmen der durch das kommende Jahr erwarteten drohenden Erscheinungen getroffen seien.

Die Anstalten, die Stadtrat Folge (R.D.) waren nicht besonders aufschlussreich. Das Kollegium beschloß aber in Verbindung mit dieser Anfrage, zunächst 6000 M. zur Durchführung der notwendigen vorzulegenden Maßnahmen zu bewilligen. Der Vortrag des Stadtrats, die Hilfswirtschaft zu unterstützen, wurde nicht angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte, es bleibt abzuwarten, ob es gelingt, in diesem Falle das Erwerbslosentum durch das Allgemeininteresse zu befiegen.

Die städtischen Arbeiter hatten erneut um

Bevollmächtigung eines Wohnlohn als Wirtschaftshilfe
Es käme dabei eine Belastung von 1400 Mark für die Stadt in Frage. Für den Antrag stimmte von der Rechten nur der Stadtrat. Preuß von der Linken, so daß er mit Stimmen gleichheit abgelehnt wurde. Freilich ist falls die Beauftragung zutrifft, der kommunale Wohnlohn als ein der Wohnung für den Arbeiter insofern nicht ganz unangenehm, da er im Auftrag gegen den Antrag Bedenken erhob. Damit stärkte er natürlich zum mindesten moralisch die Rechte.

Renovierung des Wasserwerkes

Die Renovierung des Wasserwerkes soll ernstlich betragungsan werden. Ein Plan der zu leistenden Arbeiten und Rechenungen liegt vor. Das Kollegium stimmte der Aufnahme einer Anleihe von 300 000 M. für diese Zwecke zu. Da bereits in einer früheren Sitzung 200 000 Mark bewilligt worden waren, wurde dieser Be-

trag — aus verhältnismäßig hohen Gründen — aufgehoben. Desgleichen stimmte das Kollegium der Änderung der Wassergebührenordnung zu. Es sollen jetzt wieder Wassermeister in das Amt eingewählt werden, da die bisherige Verwaltung des Wasserwerkes als unrentabel erwiesen hat. Auch den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Verwaltung über die im Wasserwerk durchgeführten Notmaßnahmen vorzulegen, wurde zugestimmt.

Verpackung von Pfeifeln und Pfeifparzellen

namh Stadt. Lampe (20.) Gelegenheit, das Verhalten einiger Großgrundbesitzer ins rechte Licht zu setzen. Diese Herren hatten beantragt, auf nicht geräte fähig die Stadt hart zu benachteiligen und niedrige Pachtpreise herauszubolen. Es gelang ihnen aber nicht. Ihre eigenen Verkaufslohn haben ihnen aber ein schönes Zeugnis ausgesandt, indem sie der Stadt überließen, "daß die Schulaus in unterer Kollegen nicht hätte die Stadt nicht so viel Geld erhalten."

Da die Aktien über die Steuererhebung dem Kollegium nicht zur Einsicht vorgelegen hatten, beantragte die sozialdemokratische Fraktion, dies nachzuholen. Dem wurde entprochen. Ferner hatte die sozialdemokratische Fraktion beantragt, zu beschließen, daß dem Magistrat nicht das Recht zuzufolge, einzelnen Stadterwerbenden die Einsichtnahme in Aktien — auch bereits erlobigte Angelegenheiten — zu verweigern. Da die Rechte zugewandte Begründung des Antrags durch Stadterwerbenden 20 000 M. (20.) dem Antrag abgelehnt, forderte die Fraktion, daß in Zukunft die einzelnen Vorklagen den Mitgliedern vorher abgefragt und mit allen Unterlagen zugestellt würden. Dieser Antrag wurde angenommen.

Die Eingabe eines „Arbeits Kaufmanns“ — es handelt sich aber nicht um den aus der Bürgervereinsliste von Hans Reußing, sondern um Herrn L. in a n g aus der Raldischen Straße — gab Veranlassung, über die

Verlegung städtischer Arbeiten und Dienstleistungen zu sprechen. Die Stadtrats. B. u. h. e. und d. h. a. n. b. n. manden sich entschieden gegen einen Antrag der Wirtschaftsfraction. Dieser beschloß, den städtischen Gewerbetreibenden das Monopol dafür zu sichern. Unsere Genossen forderten, daß einzig und allein die Güte und die Preiswürdigkeit ausschlaggebend sein dürften. Da die Beamtenspreizer mit der Linken stimmten, konnte der Vorstoß der Wirtschaftspartei abgelehnt werden.

Von den sonstigen Vorklagen ist noch zu erwähnen, daß entgegen der Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion das städtische Fortkahn von dem alten Bahnhofs nicht wieder verpachtet wurde. Die Rechte hinsichtlich für einen moderneren Baudruck. Die Beschaffung einer dritten oder vierten Wagenzettel. Stelle wurde zugestimmt. Dem Antrag der Rechnungsprüfungskommission (Berichtserläuter Stadtr. Lampe) zur Entlastung der Hammerstraße 1927 wurde stattgegeben. Die Beschaffung einer dritten oder vierten Wagenzettel wurde zugestimmt. Desgleichen der Beschaffung des Museums und der Volkshochschule in das Schloß.

Kreis Sangerhausen

Sangerhausen (Stadt)

Die Schulen geschlossen.

Wit Mächtigt auf den notwendigen Rohstoffbedarf des Karthaus und des Krankenbaus, der durch die neue Beschäftigung des Profes nicht mehr möglich ist, sind die Schulen der Stadt geschlossen worden. Die Schulen der Stadt geschlossen worden. Die Schulen der Stadt geschlossen worden.

Die Schulen der Stadt geschlossen worden. Die Schulen der Stadt geschlossen worden. Die Schulen der Stadt geschlossen worden.

Schlichtungsprozess für das Transportgewerbe

Am Stulle der bisherigen Abregelung, die für Aufsteiger in der Spitze einen Wohnlohn von 37 M. und für den Transportarbeiter einen solchen von 24 M. ohne jede weitere Zulage, namentlich auch ohne jede Überzahlungsregelung vorschau und die deshalb von den Zeugnissen bestritten wurde am 31. Dezember 1928 gefestigt wurde, fällt der Schlichtungsprozess Halle in seiner Sitzung am Dienstag, dem 19. Februar, folgenden Schiedspruch:

1. Von der laufenden Lohnmoode ab gelten für Transportarbeiter über 20 Jahre alt, sowie Bezahlte in der Spitze folgende Lohn: 35,50 M. für das Futter und Putzen der Pferde.
2. Die Auszahlung beträgt: 3,50 M. ohne Überzahlung, 7 M. mit Überzahlung.
3. Chauffeur erhalten von den Löhnen der Transportarbeiter eine Zulage von 15 Prozent. Gofen erhalten vollständig ausfinden, eine weitere Zulage von 15 Prozent.
4. Weibliche Arbeiter erhalten zwei Drittel des Männerlohnes.
5. Die Löhne der übrigen Gruppen erhöhen sich im gleichen Verhältnis wie die der Zeugnissen.
6. Die Zeugnissen sind mit folgenden Zulagen abzugeben: 15 Prozent für die 49. bis 54. Lebensjahr, 25 Prozent für die 55. bis 60. Lebensjahr, 30 Prozent für Sonntagsarbeit.
7. Die Regelung zu 1 bis 6 kann mit vierwöchiger Frist erstmalig zum 31. Dezember 1929 geändert werden.

Da sich beide Parteien diesem Schiedspruch unterwerfen, ist er ohne weiteres verbindlich.

Wetern. 2 Theaterabend der Arbeiter. Am Sonntag, dem 23. Februar, veranstaltete die hiesige Arbeiter- und Arbeiter-Vereinigung einen Theaterabend. Es ist Pflicht aller Parteimitglieder, diese Veranstaltung zu besuchen. Der Eintrittspreis ist so niedrig wie möglich ge-

halten worden, so daß jedem Arbeiter der Besuch möglich ist. Neben Komik werden Witze über die Ortsgruppe ein vieraktiges Volksstück, betitelt „Wem du noch eine Mutter hat“ aufgeführt. Der Reingewinn ist zur Unterstützung bedürftiger Konstanten bestimmt.

Kreis Delitzsch

Unterbezirk Delitzsch-Zorgau.

Am Sonntag, dem 24. Februar, von Sonntag 10 Uhr im Saal, findet in der „Damen Quelle“ zu Zorgau unsere diesjährige Unterbezirkskonferenz statt. Neben der Entgegennahme des Geschäftsberichts sollen die Verhandlungen über den Bezirkserwerb und zu dem Bezirkstag vorgenommen werden. Neben unserer Stellungnahme zum Wehrproblem hat der Genosse Schilling (Berlin) das Referat übernommen. Ich bitte die geschätzten Delegierten, rechtzeitig im Lokal anwesend zu sein, damit die Tagesordnung ordnungsgemäß erledigt werden kann. Im übrigen werde ich nochmals auf die den Ortsvereinen zugegangene schriftliche Einladung.

Der Unterbezirksvorstand.
F. Suble.

Eilenburg

Der Alkoholsteuere.

Schon frühzeitig hat der jetzt 28-jährige Vater des R. R. auf die fähige Sohn. Kaum 16 Jahre alt, erhielt er schon die ersten Strafen wegen Betrugs und Landstreichens. Jetzt hat er zehn Vorstrafen aufzuweisen. Zuletzt hatte er eine lebenslange Zuchthausstrafe verbüßt. Im Sommer v. J. war er betrunken ins „Weiße Hof“ gekommen, wo er handelte. Er wurde aufgefunden, das Lokal zu verlassen. Dies tat er jedoch nicht, sondern versuchte unter Drohungen Bier zu erhalten. Schließlich ließ ihn der Wirt durch die Polizei entfernen. Nach Lage dieser Dinge ist es nicht verwunderlich, wenn die Polizei mit der Wache nach ihm. Jetzt einschuldigt sich der Laugenstein vor dem Großen Schöffengericht in Zorgau damit, daß er damals sinnlos betrunken gewesen wäre. Das Gericht beurteilte ihn aber zu einer Gefängnisstrafe von 1 Monat.

Schlagerei. Schon in aller Frühe verdröhten sich am Dienstagmorgen gegen 7 Uhr im Warten des Bahnhofs einige Männer. Die Schlagerei führte schließlich zu weit, daß dabei einige Ehrliche in Zerkommen gingen. Die Wacheholer bei diesem Treiben Einhalt und stellte die beiden Beteiligten, einen fremden Schaulustler und den Arbeiter Thomas R. aus Eilenburg, fest.

